



Ein solidarisches und lebenswertes Brandenburg für alle

Forderungen der Caritas zu den
Brandenburger Landtagswahlen 2024



IMPRESSUM

Herausgeber:

Caritasverband für das Erzbistum Berlin e.V.

Residenzstraße 90

13409 Berlin

Telefon: +49 30 666330

E-Mail: info@caritas-berlin.de

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. Ulrike Kostka, Diözesancaritasdirektorin

Caritasverband der Diözese Görlitz e.V.

Adolph-Kolping-Straße 15, 03046 Cottbus

Telefon: +49 355 380650

E-Mail: kontakt@caritas-goerlitz.de

V.i.S.d.P.: Bernd Mones, Diözesancaritasdirektor

Redaktion:

Jens-Uwe Scharf (Leitung Abteilung Soziales und Gesundheit),

Thomas Gleißner, Andreas Wirth

Gestaltung:

Medienwerkstatt JB

Druck:

adtower Agentur für Printmedien

Auflage: 500 Stück

Forderungen der Caritas zu den Brandenburger Landtagswahlen 2024

Im Folgenden beschreibt die Caritas Brandenburg mit ihren Caritasverbänden des Erzbistums Berlin und des Bistums Görlitz ihre Anforderungen an die demokratischen politischen Parteien in Brandenburg für die anstehende Landtagswahl 2024. Diese politische Anforderung orientiert sich an verschiedenen Politikfeldern sowie den in dieser Legislatur erbrachten, aber auch der noch ausstehenden Politik der derzeitigen Landesregierung. Das Ziel der Caritas ist die Aufnahme dieser Punkte in den kommenden Koalitionsvertrag der zukünftigen Landesregierung, vor allem aber deren Umsetzung in konkretes politisches Handeln. Es braucht deutlich mehr "Caritas" im wörtlichen Sinne, also mehr Nächstenliebe und damit auch Gerechtigkeit, in der Brandenburger Landespolitik - auch, um dem aktuellen gesellschaftlichen und politischen Rechtsruck entschlossen entgegenzutreten.

Wohlfahrtspolitik sichert sozialen Frieden

Auf dem Hintergrund unseres Wertesystems und christlichem Menschenbild wollen wir Solidarität in der Gesellschaft stiften und uns im Land Brandenburg als Anwalt für Arme und Menschen in Not einsetzen - unabhängig von Religion, Herkunft und Identität. Wir sehen es als unsere Aufgabe und als moralische Verantwortung, die Würde des Menschen in den Mittelpunkt unserer Arbeit zu rücken. Die Würde des Menschen ist unantastbar. Dafür treten wir Tag für Tag ein. Alle sollen vergleichbare Lebensbedingungen haben und ihre Chance bekommen, sich zu entfalten. Jeder Mensch soll an unserer Gesellschaft teilhaben können. Ausgrenzung und Spaltung führen dazu, dass ein Gemeinwesen zerfällt und Radikale die Oberhand gewinnen. Soziale Politik ist daher kein Selbstzweck, sondern sichert zugleich den sozialen Frieden – gerade in Krisenzeiten. Als gemeinnütziger Wohlfahrtsverband stärkt die Caritas im Land Brandenburg die Demokratie und wirkt dem allgemeinen Vertrauensverlust entgegen. Freie Träger wie wir sorgen dafür, dass passende soziale Angebote zur Verfügung gestellt werden können und übernehmen zugleich wesentliche Aufgaben, die der Staat allein gar nicht leisten kann. Sie machen Vielfalt erst möglich und tragen so dazu bei, dass unterschiedliche Menschen mit verschiedenen Bedarfen die Unterstützung finden, die sie brauchen. Für die notwendigen Rahmenbedingungen muss die Politik sorgen. Auf diesem Hintergrund wollen wir mit unseren Forderungen Hinweise für eine soziale und gerechte Politik vermitteln.







Sozialpolitik und Gesundheitspolitik muss vor Ort wirksam sein

Die Caritas fordert:

Sozial- und Gesundheitsplanung:

- ▶ Eine landesweite und haushaltsjahrabhängige Sozialplanung, um den notwendigen Angeboten für bedürftige Menschen, Stabilität und Sicherheit zu geben.
- ▶ Die Sicherstellung der wohnortnahen Gesundheitsversorgung im gesamten Land

Transparenz, Sicherheit und Nachhaltigkeit in der Finanzierung

- ▶ Wir setzen uns für eine Transparenz der sozialen Arbeit und deren Finanzierung ein und begrüßen die Etablierung einer Transparenzdatenbank im Land Brandenburg, wie sie in anderen Bundesländern bereits existiert.
- ▶ Die Gleichbehandlung der freien Träger mit den öffentlichen Trägern in der Refinanzierung der tariflichen Vergütung.
- ▶ Das Land soll grundsätzlich eine verlässliche Zuwendungsfinanzierung sicherstellen, welche die tatsächlichen und nachgewiesenen Personal- und Sachkosten der Träger berücksichtigt.



Migrationsangebote verstärken - interkulturelle Öffnung verankern

Die Caritas fordert:

- › Die Beschleunigung des Prozesses der Anerkennung ausländischer Abschlüsse. Dies schließt die Schaffung von Rahmenbedingungen für die Entfaltung individueller Potenziale und den Abbau von Beschäftigungsbarrieren ein.
- › Die Verankerung der interkulturellen Öffnung als fortlaufender und integrativer Bestandteil in sämtlichen Behörden und Institutionen des Landes Brandenburg.
- › Die landesfinanzierten Migrationsangebote müssen sichergestellt und verstärkt werden.
- › Die psychosoziale Versorgung schutzbedürftiger Geflüchteter muss über die Regelfinanzierung gesichert und dezentral in jedem Landkreis eingerichtet werden. Dabei muss der uneingeschränkte Zugang zur regulären gesundheitlichen Versorgung gewährleistet sein.
- › Die Abschiebungsbeobachtung am Flughafen BER muss personell verstärkt werden. Damit die Grund- und Menschenrechte bei der Rückführung gewährleistet werden.

Fachkraftgewinnung und -sicherung als Zukunftsfrage

Die Caritas fordert:

- Die Umsetzung der Brandenburger Arbeits- und Fachkräftestrategie im sozialen Sektor.
- Verbesserte Rahmenbedingungen zur Fachkräftegewinnung und Qualifizierung von Quereinsteigenden mit aufeinander aufbauenden Qualifizierungsbausteinen auch in der Fort- und Weiterbildung und in der beruflichen Kompetenzerweiterung.
- Eine schnellere Anerkennung von Berufsabschlüssen, Studiengängen und Berufserfahrung im sozialen Sektor. Eine konsequente Umsetzung und Angleichung der reglementierten Berufszugänge in sozialen Berufen, ist notwendig, um den jetzt schon bestehenden Engpässen entgegenzuwirken.
- Die Potenziale von zugewanderten und bereits hier lebenden Menschen mit Migrationshintergrund sollten besser genutzt werden. Hierzu werden mehr materielle Ressourcen für die Begleitung in Einrichtungen, für die Weiterqualifizierung der Anleitenden und ein effektives Integrationsmanagement benötigt. Gerade im ländlichen Raum braucht es mehr sozialpädagogische Begleitung bei der betrieblichen Integration (Integrationslotsen), um alle vor Ort mitzunehmen.
- Wir fordern die Anwendung der Tarifbindung bei der Vergabe und Akzeptanz von Tarifen in der Zuwendung.
- Freiwilligendienste sind Teil der Berufsorientierung von jungen Menschen und im Land Brandenburg deutlich auszubauen.





Digitale Teilhabe ermöglichen

Die Caritas fordert:

- ▶ Einbeziehung der Akteure der Zivilgesellschaft, die Erfahrungen mit den Zielgruppen mitbringen bei der Umsetzung der Digitalstrategie. Maßnahmen und Angebote wie digitale Weiterbildung müssen auch für Langzeiterwerbslose, Niedrigqualifizierte, ältere Menschen oder Menschen mit Migrationshintergrund ermöglicht werden. Zugangshürden (wie fehlende Inklusion, Sprache, Armut) gilt es abzubauen. Kostenfreie und leistungsfähige Internet-Zugänge und notwendige Hardware, digitale Angebote und Zugänge im ländlichen und städtischen Bereich sind bereitzustellen.
- ▶ Die Onlineberatung der Caritas wird so gut angenommen, dass sie bereits jetzt die vorhandenen Kapazitäten nicht ausreichen. Ein Ausbau der digitalen Angebote ist dringend notwendig.
- ▶ Digitalisierung ist als Erweiterung und Ergänzung - nicht als Ersatz analoger Teilhabeangebote zu verstehen. Analoge Angebote müssen trotzdem weiterhin vorgehalten werden.
- ▶ Bei der Entwicklung von Angeboten muss auf die Einbindung in bestehende Plattformen (u.a. durch Schnittstellen) geachtet werden, damit ein miteinander kommunizierendes System entsteht. Um vernetzte Lösungen zu realisieren, müssen die Lebensbereiche der Nutzenden im Fokus stehen. Dabei bieten OpenData und Datenstandards die Grundlagen zur Weiterentwicklung im Einklang mit wirksamen Schutz- und Regulierungsmaßnahmen.
- ▶ Träger der sozialen Infrastruktur zur Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts sind für die digitale Gesellschaft zu befähigen und auszustatten. Digitale Angebote und Ausstattung sind als Bestandteil der regelfinanzierten Leistungen anzuerkennen. Die Qualifizierung der Fachkräfte ist zu ermöglichen.

Verlässliche soziale Infrastruktur sicherstellen

Die Caritas fordert:

Sozialberatung als Schlüssel zur sozialen Grundversorgung

- ▶ Viele Menschen kennen ihre Rechte nicht und trauen sich nicht, Hilfe und soziale Leistungen in Anspruch zu nehmen. Es braucht Angebote, die dies ermöglichen. Zu diesen Angeboten gehört eine allgemeine Sozialberatung in der Fläche.
- ▶ Es sollen entsprechend personell ausgestattete Sozialberatungen in den städtischen Zentren vorgehalten werden. Zusätzlich soll es flächendeckend auf dem Land digitale Beratungsangebote, aber auch mobile Beratungsangebote (Beratungsbusse wie das CariMobil aus Vorpommern) geben.
- ▶ Eine verlässliche, abgesicherte und finanzierte Grundversorgung der Beratung (Soziales, Familie, Schulden, Sucht, Privatinsolvenzen) ist notwendig. Dabei bedarf es einer Abstufung in landesfinanzierte Grundversorgung sowie deren Ergänzung vor Ort durch notwendige und sinnvolle Angebote der Kommunen.

Verhinderung und Bekämpfung von Wohnungsnot in Brandenburg

- ▶ Es bedarf einer landesweiten Strategie zur Bekämpfung von Wohnungslosigkeit sowie die Klärung einer eindeutigen ministeriellen Zuständigkeit für dieses Thema in Brandenburg.
- ▶ Das fortschreitende Thema der drohenden Wohnungslosigkeit in Brandenburg ist endlich in seiner realen Dimension wahrzunehmen, konsequent anzugehen und mit weiteren Beratungsangeboten vor Ort zu bekämpfen.
- ▶ Es ist alles dafür zu tun, bestehenden Wohnraum zu erhalten und Zwangsräumungen zu verhindern. Hierzu bedarf es Anlaufstellen und Beratungsangeboten der öffentlichen Hand und freier Träger auch außerhalb der kreisfreien Städte. Chancen, die sich aus dem relativ hohen kommunalen Wohnungsbestand ergeben, gilt es zu nutzen.





Freiwilliges Engagement zur Stärkung des Gemeinwesens

Die Caritas fordert:

- ▶ Die strukturelle Stärkung des freiwilligen Engagements. Ehrenamt braucht Hauptamt. Freiwilligenmanagement und Freiwilligenkoordination müssen als hauptamtliche Struktur bei der finanziellen Förderung von Projekten und Organisationen verankert werden.
- ▶ Im Hinblick auf Diversität und Vielfalt müssen Zugänge zum bürgerschaftlichen Engagement und zu den Freiwilligendiensten allen Interessierten offenstehen. Der Anspruch auf soziale Teilhabe ist für die Zielgruppen zu stärken, die bisher im Engagement wenig vertreten sind (z.B. Menschen mit niedrigem Bildungsstatus, Menschen mit Handicaps und von Armut betroffene Menschen).
- ▶ Die Entwicklung einer Engagement-Strategie für das Land sollte als partizipativer Prozess gestaltet werden.
- ▶ Die Rahmenbedingungen für die Freiwilligendienste müssen verbessert werden. Insbesondere die Landesförderung für FSJ-Plätze sowie die kostenfreie Nutzung des ÖPNV und Zuschuss zur Taschengelderhöhung für die Freiwilligen in allen Freiwilligendiensten.
- ▶ Das Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement im Land Brandenburg benötigt eine finanzierte Geschäftsstelle, um die gemeinsamen Aktivitäten der 67 Mitglieder zu koordinieren und das Netzwerk als handlungsfähigen Impulsgeber in der Engagement-Politik zu etablieren.

Kindertagesstätten besser an den Bedürfnissen der Kinder ausrichten

Die Caritas fordert:

- › Kindertagesbetreuung, als gelebte Wohlfahrt zu verstehen und sie daher besser auszustatten, um bestmögliche frühkindliche Bildung und damit Chancengerechtigkeit für alle Kinder zu ermöglichen.
- › Ein neues Kita-Gesetz, welches endlich den bisherigen Reformstau auflöst, eine transparente und auskömmliche Finanzierung sichert und die Rahmenbedingungen an moderne wissenschaftliche Empfehlungen ausrichtet.
- › Die Gewährleistung der Vielfalt der Kita-Träger in freier Trägerschaft im Sinne des Subsidiaritätsprinzips, um weiterhin das Wunsch- und Wahlrecht der Eltern zu ermöglichen.

Jugendpolitik verbessern

Die Caritas fordert:

- › Der Landesjugendplan muss weiterentwickelt werden.
- › Die Schulsozialarbeit ist auszubauen.
- › Mit den kommunalen Spitzenverbänden ist ein Rahmenvertrag Jugendhilfe abzuschließen, der den Personalschlüssel in der stationären Kinder- und Jugendhilfe deutlich verbessert, um dem tatsächlichen Bedarf gerecht zu werden.
- › Wir sprechen uns ausdrücklich und nachdrücklich für den Erhalt der Stimmen der Kirchen im Landes-Kinder- und Jugendausschuss (LKJA) aus - entgegen der aktuellen Regelung im Entwurf des BbgKJG.
- › Die Partizipation von Kindern und Jugendlichen ist zu stärken. Wir fordern die Festschreibung der Kinder- und Jugendbeteiligung bei gleichzeitiger kommunaler Wahlfreiheit der konkreten Beteiligungsform nach dem Vorbild Schleswig-Holsteins.





Familien stärker unterstützen

Die Caritas fordert:

- ▶ Ein Familienfördergesetz für das Land Brandenburg, das die Familienförderung und die Familienbildung verlässlich sichert.
- ▶ Flächendeckende Familienzentren, in denen Angebote gebündelt werden.
- ▶ Mehr digitale Zugänge zur Beratung von Familien.
- ▶ Eine auskömmliche Landesfinanzierung der Schwangerschaftsberatung.

Pflegebedürftige, Angehörige und Pflegekräfte mehr in den Blick nehmen

Die Caritas fordert:

- ▶ Einen Paradigmenwechsel in der Pflege sowie innovativen Betreuungs- und Versorgungsstrukturen, um dem Fachkräftemangel zu begegnen.
- ▶ In der Gestaltung der Versorgungsstrukturen muss die Gesundheitsorientierung deutlicher sichtbar werden.
- ▶ Pflegenden Angehörigen sowie der Lebens- und Sozialraum müssen stärker in den Blick genommen werden.
- ▶ Qualität und neue Anforderungen sollten umgesetzt werden können, ohne im jetzigen Ausmaß die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen zu belasten.
- ▶ Brandenburg braucht eine angemessene Palliativmedizinische Versorgung mit entsprechender Finanzierung, welche die Selbstbestimmung bis an das Lebensende sichert.
- ▶ Die Aufstockung des Förderprogramms Pakt für Pflege 2.0 und die Überführung erfolgreicher Projekte in die Regelfinanzierung durch Kommunen und Landkreise.

Gesundheitsversorgung sicherstellen - Prävention ausbauen

Die Caritas fordert:

Krankenhausversorgung sichern

- ▶ Eine flächendeckende Krankenhausversorgung, die eine qualitativ hochwertige medizinische Versorgung der Bevölkerung sicherstellt. Das Land darf keinem Gesetz auf Bundesebene zustimmen, dass ihm den Einfluss auf die Krankenhausplanung nimmt.
- ▶ Brandenburg muss Vorreiter der Investitionsfinanzierung der Krankenhäuser bleiben.
- ▶ Massiven Bürokratieabbau in der Gesundheitsversorgung, damit sich die Einrichtungen und Dienste auf ihre Kernaufgaben konzentrieren können.

Prävention ausbauen

- ▶ Wir fordern die regelhafte Einführung der Schulgesundheitsfachkraft.
- ▶ Flächendeckende Prävention sowie Ausbau der präventiven Arbeit an Schulen und Stärkung der Suchtberatung, um eine verantwortungsvolle Umsetzung der Cannabis-Legalisierung zu ermöglichen.
- ▶ Ausbau von Prävention und Frühintervention bei Glückspiel- und Mediennutzungsproblemen/-abhängigkeit.
- ▶ Eine verlässliche Anschlussfinanzierung in Kooperation mit der GKV für das Projekt der BLS e.V. "Selbstbestimmt in Brandenburg" - Prävention für vulnerable Zielgruppen.
- ▶ Entwicklung einer Suizidpräventionsstrategie für das Land Brandenburg auf dem Hintergrund der psychischen Belastungen durch aktuelle Vielfachkrisen.
- ▶ Bildung eines landesweiten Suizidpräventionsnetzwerkes und die Unterstützung von Kommunen bei der Entwicklung regionaler Suizidpräventionsnetzwerke.
- ▶ Entstigmatisierung und Enttabuisierung des Themas Suizid durch Öffentlichkeitsarbeit, Kampagnen, Beratung von Politik und Verwaltung.





Inklusion und echte gesellschaftliche Teilhabe für alle

Es ist unser Auftrag, Menschen mit Beeinträchtigungen ihre Selbstbestimmung und ihre volle, wirksame und gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gesellschaft zu ermöglichen, Benachteiligungen zu vermeiden oder ihnen entgegenzuwirken. Dabei ist die konsequente Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes für uns ein zentrales Ziel.

Die Caritas fordert:

- ▶ Umsetzung des bestehenden behindertenpolitischen Maßnahmenpaketes 3.0 innerhalb des Maßnahmenzeitraums bis 2027. Beschränkungen der Umsetzung durch einen Haushaltsvorbehalt darf es sieben Jahre nach in Kraft treten des Bundesteilhabegesetzes nicht mehr geben.
- ▶ Die Schaffung und barrierefreie Gestaltung von Wohnungen, des Wohnumfeldes und des Sozialraums sowie der Ausbau der barrierefreien Kommunikation.
- ▶ Die flächendeckende Umsetzung des gesetzlich geforderten Gesamtplan- bzw. Teilhabeplanverfahrens und damit verbunden die konsequente und qualifizierte Anwendung des Bedarfsermittlungsinstrumentes ITP.
- ▶ Einen inklusiven Arbeitsmarkt: Es müssen alternative Arbeits- und Beschäftigungsangebote zur „Werkstatt für Menschen mit Behinderungen“ (WfbM) geschaffen werden, die dem Zwei- Milieu-Prinzip entsprechen.
- ▶ Die Förderung der konzeptionellen Weiterentwicklung und den Ausbau schulischer Inklusion auf der Grundlage erfolgreicher Modelle.



